

Die Ratssitzung am 20. März 2018



Rat im Rückblick

37. Sitzung des Rates vom 20. März 2018

Die wesentlichen Ratsbeschlüsse im Überblick

Resolution zur Kapazitätssteigerung des Hauptbahnhofs und Bahnhofs Messe/Deutz



Nicht zum ersten Mal musste sich der Kölner Stadtrat mit der Verkehrssituation an den beiden Knotenpunkten Hauptbahnhof und Deutz/Messe auseinandersetzen. Der Wunsch nach einer Kapazitätsausweitung an den beiden Knotenbahnhöfen ist nicht neu, aber nach den jüngsten Äußerungen der Bahntöchter DB Fernverkehr und DB Station&Service sind klare Botschaften an die Verkehrsministerien des Landes und des Bundes notwendig. Hintergrund der [Aktuellen Stunde](#) war ein

fraktionsübergreifender Fünf-Punkte-Plan der Verbandsversammlung des Nahverkehrs Rheinland NVR. Besonders das so genannte „Kopfen“ bereitet Sorgen, führt es doch aufgrund längerer Haltezeiten auf den Gleisen des Hauptbahnhofs zu zusätzlichen Engpässen.

Um die Nutzung des Hauptbahnhofs als Kopfbahnhof für ICE-Fernzüge zu reduzieren, soll zudem die Südbrücke intensiver als bisher genutzt werden. Außerdem bietet sich an, den Hauptbahnhof zukünftig als Oberbegriff für die beiden Terminals „Dom“ und „Deutz“ zu verstehen. Um den Haltepunkt Deutz besser und intensiver nutzen zu können, muss dieser in jedem Fall schnellstmöglich ausgebaut und so auch barrierefrei zugänglich werden.

„Wir wollen eine Lösung aus einem Guss. Wir wollen, dass die Mittel aus dem Verkehrsetat hier und nicht in der Heimat eines bayerischen Verkehrsministers fließen“, betonte **Lino Hammer**, der verkehrspolitische Sprecher der grünen Ratsfraktion.

Weiteres Maßnahmenpaket für den Schulbau



Die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP haben ein weiteres [Maßnahmenpaket für den Schulbau](#) in Köln auf den Weg gebracht. Im Kern geht es um die Optimierung der Beschaffungsformen, unter anderem durch die „Schlüsselfertige Errichtung mit integrierter Planungsleistung“ (SEP). Außerdem soll Schuldezernentin Agnes Klein die anstehenden Schulbau-Maßnahmen aktualisiert priorisieren. Ziel des Ratsbeschlusses ist eine bessere Übersichtlichkeit und damit eine effizientere Kontrolle. Eindeutiger Schwerpunkt ist dabei die Klärung der

Grundstücks- und Planungsrechte, an der derzeit viele Bauprojekte zu scheitern drohen oder sich zum Teil erheblich verzögern. Denn Schulbaumaßnahmen mit hoher Priorität sollen schon bald entsprechende Zeit-Maßnahmenpläne erhalten.

„Wir benötigen verbindliche Zeitmaßnahmenpläne mit einem engmaschigen Controlling. Die [SPD](#) lehnt eine realistische Priorisierung ab. Außerdem müssen wir jede mögliche Beschaffungsform nutzen“, so **Horst Thelen**, schulpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Kölner Rat.

Mit der externen Vergabe der Komplettstellung von Schulbauten soll die städtische Gebäudewirtschaft entlastet und mehr Schulbauten zügig realisiert werden. Die SPD verweigerte sich einer realistischen Priorisierung und schloss sich nicht an.

Innovative Ideen für mehr Wohnungen



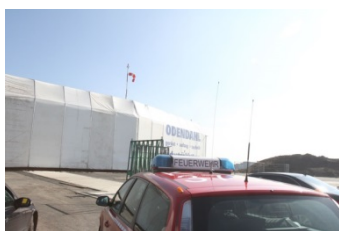
Die Wohnungsnot in Köln wächst und mit ihr die Preise für Wohnraum. Aus diesem Grund sind innovative Ideen für Wohnbauprojekte mehr denn je gefragt, so z.B. Parkplätze und Supermärkte mit Wohnungen zu überbauen. Dem von der SPD [eingereichten Antrag](#), die Verwaltung bis zum Sommer diesen Jahres mit einem umfangreichen Prüfauftrag zu beschäftigen, liegt zwar eine sinnvolle Idee zugrunde, allerdings hat der SPD-Prüfauftrag einen viel zu großen Umfang und ist zu wenig zielgerichtet.

GRÜNE und CDU haben daher den Prüfauftrag überarbeitet. Der Umfang wurde deutlich reduziert, und zwar auf die Parkplätze, die sich im Besitz der Stadt oder stadtnaher Gesellschaften wie der Kölnbäder GmbH befinden. So ist ein gesundes Verhältnis zwischen Prüfumfang und der zur schnellen Umsetzung notwendigen Effizienz gewährleistet.

„Wir lehnen daher den SPD-Antrag nicht grundsätzlich ab, wollen aber den Prüfauftrag an die Verwaltung auf ein realitätstaugliches Maß konzentrieren“, erklärte **Kirsten Jahn**, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Kölner Rat.

Dem schloss sich die SPD an, so dass ein [gemeinsamer Antrag](#) von SPD, CDU, GRÜNE, FDP und der Gruppe GUT letztlich beschlossen wurde.

Rettungshubschrauberstation Kalkberg; Einstieg in den Ausstieg



CDU, GRÜNE und FDP haben heute im Rat eine zügige Untersuchung von Standortalternativen für den Standort Kalkberg beschlossen. Aufgrund des verloren gegangenen Vertrauens in die Berufsfeuerwehr wird nun eine unabhängige Untersuchung durch einen externen Gutachter eingeleitet. Es sollen die Standorte Flughafen Kurtekotten, das gesamte Areal des städtisches Klinikums in Merheim und der Flughafen Köln/Bonn nach den Kriterien Verfügbarkeit, Lagegunst, Lärmschutz, Baugrundtragfähigkeit, zeitliche Realisierbarkeit, Kosten und luftrechtliche Genehmigungsfähigkeit vertieft und vergleichend geprüft werden.

Lärmschutz, Baugrundtragfähigkeit, zeitliche Realisierbarkeit, Kosten und luftrechtliche Genehmigungsfähigkeit vertieft und vergleichend geprüft werden.

„Wir Grüne tun dies mit dem Ziel, weil wir die Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg aufgeben wollen. Dies entspricht auch unserem jüngsten Parteibeschluss. Es ist sofort notwendig, nach neuen Alternativstandorten zu suchen“, erläutert **Jörg Frank**, Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN im Kölner Rat. „Im Einzugsbereich der Stadt Köln ist die Einrichtung und der dauerhafte Betrieb einer Rettungshubschrauberstation notwendig, weil wir den Versorgungsauftrag für die Bevölkerung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sicherstellen wollen.“

Zugleich bestätigte die Ratsmehrheit den bereits 2015 und 2016 vom Stadtrat bestätigten Baustopp für die Hubschrauberbetriebsstation. Der 2015 getroffene Ratsbeschluss zur Findung von Standortalternativen sei unter dem damaligen SPD-Stadtdirektor Guido Kahlen verschleppt worden.

„Wir wären dann heute schon weiter. Jetzt macht es sich die SPD mit ihrem Antrag zu einfach“, betont **Frank** in Richtung der SPD-Fraktion.

„Leider haben wir noch keine Alternative. Der SPD-Antrag ist wenig durchdacht, sie wollen nun offenbar schnell auf das Thema aufspringen. Das ist eine Nebelkerze. Und es ist eine Flucht vor der Verantwortung. Wir brauchen einen geordneten Ausstieg, deshalb gibt unser Antrag nun konsequent die Richtung vor“, so **Jörg Frank** in seiner Ratsrede abschließend.

- [Änderungsantrag mit CDU, GRÜNE, FDP](#)

Maßnahmen gegen Fachkräftemangel in Erziehung und Pflege



Mit einer Resolution des Rates an die Landes- und Bundesregierung wollten [SPD, FDP und Ratsgruppe GUT](#) ein Bündel von Maßnahmen und Initiativen einfordern, um dem drohenden Mangel an Fachkräften in diesen so wichtigen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge zu reduzieren. Die GRÜNEN unterstützen dies. Schließlich konnte [EIN gemeinsamer Antrag](#) von SPD, CDU, GRÜNE, FDP und Gruppe BUNT beschlossen werden.

Sonntagsöffnungen in Köln

Mit der Änderung des Ladenöffnungsgesetzes NRW aus dem Jahr 2007 erhöhte sich auch in



Köln die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage auf zuletzt knapp 30. Doch mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11. November 2015 änderte sich alles. Die Verwaltung ist verpflichtet, die Vorgaben des BVG-Urteils umzusetzen. Längst gehören bis zu 30 verkaufsoffene Sonntage zur Geschichte.

So hat die Stadtverwaltung die Zahl der zu genehmigenden verkaufsoffenen Sonntage von fast 30 auf nun zehn gekürzt. Früher galt für Köln die Sonderregelung, dass in der Millionenstadt am Rhein pro Stadtbezirk bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Jahr erlaubt waren. In Köln gab es jedoch den politischen Konsens von SPD, CDU und GRÜNE, drei Veranstaltungen dieser Art pro Stadtbezirk nicht zu überschreiten.

Nun legte die Verwaltung dem Stadtrat [zehn verkaufsoffene Sonntage](#) vor, einer davon in der Innenstadt am dritten Advent (16.12.2018), ein zweiter im Stadtteil Deutz, ebenso einen für die geplanten verkaufsoffenen Sonntage in den Stadtteilen Sürth, Sülz, Lindenthal, Neu-Ehrenfeld, Porz, Rath/Heumar, Kalk und Dellbrück.

Allerdings hatte die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di Klagen für alle zur Genehmigung vorgeschlagenen Veranstaltungen angekündigt. Von den zehn geplanten und vorgeschlagenen Sonntagen lehnt sie nach Auskunft der Stadtverwaltung in der Hälfte der Fälle die Voraussetzungen für die Genehmigung ab. Aus Sicht der Grünen dürfte der für den zweiten Advent anvisierte verkaufsoffene Sonntag in der Kölner Innenstadt schwierig werden, da in der Adventszeit der Besucherandrang in der Innenstadt ohnehin schon besonders hoch sei. Insgesamt aber unterstützen die GRÜNEN im Kölner Rat das Anliegen, vor allem mit Blick auf den regionalen Einzelhandel in den Vororten. Gegen SPD und Linke wurden nun die zehn Sonntagsöffnungen beschlossen.

Förderprogramm Altbausanierung und Energieeffizienz



Förderprogramme waren bereits im „Integrierten Klimaschutzkonzept Köln 2013“ ein wesentlicher Baustein, um Immobilienbesitzern zur energetischen Altbausanierung zu motivieren. Das aktuelle städtische Programm ist mit einem Fördervolumen von rund einer Million Euro zwar nicht mit den Fördertöpfen des Bundes und Landes vergleichbar. Aber es soll in Köln genau auf diesen Programmen aufsetzen und die

Beratung und Förderung verstärken.

„Leider konnten wir uns während unserer Koalition mit der SPD nicht auf die Finanzierung dieses städtischen Programms verständigen. Umso mehr freut es uns, dass jetzt ab dem Haushalt 2018 eine Million Euro an Fördermittel zur Verfügung stehen und die Verwaltung so schnell eine [Beschlussvorlage mit den Förderrichtlinien](#) vorlegen konnte.“, betont **Gerd Brust**, energie- und umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Kölner Stadtrat.

Ganz bewusst wendet sich das Förderprogramm auch an die Wohnungswirtschaft wie etwa Genossenschaften oder die GAG Immobilien AG. So reduziert sich der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen und hilft, die Klimaschutzverpflichtungen der Stadt einzuhalten. Mit

dem heutigen Beschluss kann das Förderprogramm nun hoffentlich schnell umgesetzt werden, vielleicht schon mit den ersten Förderanträgen bis zum Sommer diesen Jahres“, hofft Gerd Brust.

Zwischennutzungskonzept - Ebertplatz soll belebt werden



Mit dem [Zwischennutzungskonzept](#) für den Ebertplatz ist der Konflikt vom November vergangenen Jahres nun vorerst beigelegt. Durch die Öffnung der öffentlichen Räume für kulturelle und gastronomische Zwischennutzung soll der Ebertplatz attraktiver und nicht zugemauert werden. Nach den Negativschlagzeilen im November und Dezember vergangenen Jahres ist diese Beschlussvorlage ein Zeichen des Aufbruchs

und wurde nicht nur von den Künstlerinnen und Künstlern vor Ort begrüßt.

„Im Dezember haben wir einen Auftrag erteilt. Nun liegt pünktlich ein gutes Gesamtkonzept vor. Wir sind im Zeitplan. Noch in diesem Sommer kann es losgehen. Deshalb ausdrücklich ein großes Lob an die Verwaltung“, so **Jörg Frank**, gewähltes Ratsmitglied für das Agnes- und Eigelsteinviertel.

Vielmehr sieht das erweiterte Zwischennutzungskonzept ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, die der Aufenthaltsqualität des Ebertplatzes Rechnung tragen sollen. So soll das sozio-kulturelle Programm ausgebaut, die temporäre Gestaltung des Platzes vorangebracht und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren sowie der Öffentlichkeit verstetigt werden. Dafür stellt der Stadtrat 245.000 Euro pro Jahr an Sach- und Projektmitteln bereit.

Die „Wasserkinetische Plastik“ des Kölner Künstlers Wolfgang Göddertz soll für rund 230.000 Euro saniert und danach von der Stadt weiterbetrieben werden. Weitere 50.000 Euro fließen in künstlerische Interventionen der Rolltreppen. Außerdem soll auf der Platzfläche selbst ein gastronomisches Angebot ausgeschrieben werden, zum Beispiel in Form eines Biergartens. Bis dahin sollen mobile Angebote die Lücke füllen.

Neue Sachkundige Einwohnerin im Sportausschuss

Ursula („Ulla“) Schlömer ist vom Stadtrat auf [Antrag](#) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Sachkundige Einwohnerin in den Sportausschuss gewählt worden.

Die begeisterte „Rechtsrheinische“ ist seit zehn Jahren Mitglied der GRÜNEN. Nach ihrer Ausbildung in der Bankenwirtschaft arbeitet sie seit zwölf Jahren im Bereich der Erneuerbaren Energien, bei einem Kölner Systemhaus für Photovoltaikanlagen. Seit 2004 ist sie Vorstandssprecherin des Ortsverbands Köln-Mülheim. Kürzlich rückte sie als GRÜNE Vertreterin in die Bezirksvertretung Mülheim nach. In der Bezirkspolitik liegt ihr Schwerpunkt auf den Bereichen Verkehr, Bauen/Wohnen und Energiepolitik. Außerdem ist sie ehrenamtlich für einen Sportverein in Köln-Dellbrück aktiv.

-
- [Die komplette Tagesordnung der Sitzung Rat inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de -
V.i.S.P.: Jörg Frank, Fraktionsgeschäftsführer